

Antragsbereich R: Hochschulreform und Hochschulen in der Gesellschaft

Antrag R1_18/1

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppen Aachen, Bochum, Münster, Niederrhein

2

3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

4

5 **R1_18/1 Gegen den hochschulpolitischen** 6 **Backlash - Zusammenstehen für ein offenes und** 7 **selbstbestimmtes Studium**

8 Die landespolitischen Umbrüche der vergangenen Jahre und Monate machen auch vor der
9 Hochschullandschaft nicht Halt. Ob man nun nach Baden-Württemberg schaut, wo nach der
10 Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen die Zahl der internationalen
11 Studierenden dramatisch zurückgeht, oder nach Nordrhein-Westfalen, wo mit
12 Anwesenheitspflichten, Studiengebühren und weitreichender Beschneidung demokratischer
13 Mitbestimmungsrechte eine ganze Welle von Rückschritten auf die Studierendenschaft zukommt.
14 Das Gesamtbild lässt einen hochschulpolitischen Backlash befürchten, der nicht nur
15 Errungenschaften vergangener Jahre gezielt aufheben will, sondern auch aktiv eine Agenda verfolgt,
16 die das Studium weiter verschulen, einzwängen und ökonomisieren will.

17 Wir Juso-Hochschulgruppen begegnen diesen Entwicklungen mit großer Sorge und mit ebenso großer
18 Entschlossenheit, gegen sie vorzugehen. Dabei sind wir vor allem auch länderübergreifend
19 solidarisch miteinander, denn: rückschrittliche Hochschulpolitik ist ein bundesweites Phänomen,
20 dem gemeinsam entschlossen entgegengetreten werden muss, auch, um einer Adaptierung
21 fragwürdiger Gesetzesmodelle vorzubeugen - wie zwischen NRW und Baden-Württemberg
22 geschehen.

23 **Der Blick nach Nordrhein-Westfalen - das Gespenst des Konservatismus!**

24 Hat der Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP schon nichts Gutes erahnen lassen, führt das
25 Eckpunktepapier des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft Nordrhein-Westfalens zur
26 Novellierung des Landeshochschulgesetzes NRW, das die schwarz-gelbe Landesregierung am 30.
27 Januar 2018 beschlossen und veröffentlicht hat, uns vor Augen, womit wir uns in einer von Union
28 und FDP dominierten Bildungs- und Hochschulpolitik auseinandersetzen müssen. Das
29 Eckpunktepapier atmet den Geist des Rückschritts, welcher Errungenschaften der vergangenen
30 Jahre revidieren will, ohne jedoch Impulse für ein zukunftsfähiges Studium, welches sich in
31 gesamtgesellschaftliche Kontexte eingliedert, geben zu können.

32 **Lebensrealitäten von Student*innen ernst nehmen - Anwesenheitspflichten weiter bekämpfen!**

33 Der Kampf für ein freies und selbstbestimmtes Studium bestimmt unsere Arbeit an den
34 Hochschulgruppen vor Ort. Anwesenheitspflichten, dessen Verbot in NRW wieder aufgehoben
35 werden soll, widersprechen diesem Ideal und sind auch im praktischen Sinne unvereinbar mit den
36 heutigen Lebensrealitäten von Studierenden. Durch Anwesenheitspflichten werden Studierende, die
37 Angehörige pflegen, Kinder haben, anderweitig in Care-Arbeit eingebunden sind oder zur
38 Finanzierung ihres Studiums berufstätig sein müssen, massiv in ihrer Lebensgestaltung

39 eingeschränkt. Auch unsere ehrenamtlichen Aktivitäten lässt ein Studium mit Anwesenheitspflichten
40 kaum zu. Aber insbesondere Studierenden mit chronischen Erkrankungen und/oder
41 Beeinträchtigungen werden durch Anwesenheitspflichten Hürden in den Weg gelegt, was angesichts
42 unserer Forderung nach einem inklusiven und gerechten Studium nicht hinnehmbar ist.

43 Studierenden muss die Eigenverantwortung zugestanden werden, ihr Studium nach ihren Interessen
44 und vor allem nach ihren zeitlichen Kapazitäten gestalten zu können und sich auch Freiräume zu
45 nehmen. Diese Zugeständnisse machen die konservativ-liberalen Kräfte jedoch nicht. Ganz im
46 Gegenteil: das Studium wird durch Anwesenheitspflichten weiter verschult unter dem Vorwand
47 endlich wieder qualitative Lehre gewährleisten zu können. Tatsächlich lässt die didaktische Qualität
48 eines beachtenswerten Teils der Lehrveranstaltungen an unseren Hochschulen zu wünschen übrig -
49 doch daran werden auch Anwesenheitspflichten nichts ändern. Stattdessen braucht es an anderer
50 Stelle Mechanismen wie Investitionsoffensiven in Bildung, die die Qualität der Lehre verbessern und
51 echte Anreize zur Teilnahme schaffen können - fernab von Zwängen und Einschränkungen. Wir
52 kämpfen dort, wo es noch Anwesenheitspflichten gibt, für ihre Abschaffung und dort, wo sie bereits
53 der Vergangenheit angehörten, dafür, dass das auch so bleibt.

54 **Für eine friedliche, demokratische und humanistische Forschung - Zivilklauseln erhalten!**

55 Seit 2014 ist die Zivilklausel an Hochschulen in NRW verpflichtend. Sie besagt, dass an staatlichen
56 Hochschulen keine militärische Forschung betrieben werden darf und diese Verpflichtung in den
57 Grundordnungen der Hochschulen verankert werden muss. Diese gesetzliche Verpflichtung zur
58 Verankerung will die Landesregierung nun aus dem Hochschulgesetz tilgen und somit militärische
59 Forschung an Hochschulen grundsätzlich wieder erlauben. Das lehnen wir entschieden ab!

60 Wir kämpfen für eine unabhängige Forschung für Frieden und Demokratie, die nicht für die
61 Profitinteressen arbeitet. Die Hochschulen sind Akteurinnen gesellschaftlicher Verantwortung.
62 Einzelentscheidungen über Forschungsvorhaben, die womöglich auf den Interessen privater
63 Geldgeber*innen aus der Rüstungsindustrie basieren, werden dieser Verantwortung nicht gerecht.
64 Deswegen wehren wir uns dagegen, dass sie den von Professor*innen dominierten Gremien der
65 Selbstverwaltung überlassen werden und fordern weiterhin die Beibehaltung landesweiter
66 gesetzlicher Verpflichtungen in NRW sowie ihre Einführung in anderen Bundesländern. Um die
67 Umsetzung der Zivilklausel sicherzustellen bedarf es auch einer Transparenzklausel. Geheime
68 Drittmittelaufträge dürfen den demokratisch gewählten Mitgliedern der akademischen Gremien
69 nicht vorenthalten werden. Nur so ist eine konsequente Kontrolle möglich.

70 **Wir bleiben unbequem - Vertretung der studentischen Hilfskräfte erhalten und ausbauen!**

71 Im Eckpunktepapier der Landesregierung in NRW wird die sich noch in der Etablierung befindliche
72 Stelle der Vertretung studentischer Hilfskräfte als „Fremdkörper“ bezeichnet und ihre Abschaffung
73 im Hochschulgesetz angekündigt.

74 Aus der Rhetorik, mit der hier die legitime Vertretung unzähliger an den Hochschulen arbeitender
75 Studierender entwertet wird, spricht der blanke Hohn. Dazu kommt, dass zusätzlich eine Institution
76 gestrichen werden soll, die nach jahrelangem gemeinsamem Ringen mit den Gewerkschaftsjungen
77 und Hochschulverwaltungen gerade erst geschaffen wurde und ihre Wirkung noch nicht ansatzweise
78 entfalten konnte. Eine Abschaffung der Vertretung studentischer Hilfskräfte bedeutet nicht nur
79 einen massiven Einschnitt in die demokratischen Mitbestimmungsrechte an den Hochschulen,
80 sondern auch eine Kampfansage an hochschulpolitisches und gewerkschaftliches Engagement,
81 welche nicht unbeantwortet bleiben wird: Es muss den Studierenden möglich sein, ihre
82 Arbeitnehmer*innenrechte zu kennen, geltend zu machen und ihre Interessen gegenüber der
83 Hochschule zu artikulieren. Und es ist klar, dass die Hochschulen als Teil der Gesellschaft auch ihre

84 Verantwortung für die Sicherstellung guter Beschäftigungsbedingungen und Mitbestimmung durch
85 die Arbeitnehmer*innen wahrnehmen müssen.

86 Wir stellen uns daher solidarisch an die Seite aller studentischen Hilfskräfte, ihrer
87 Interessenvertretungen vor Ort und den gewerkschaftlichen Hochschulgruppen und kämpfen
88 gemeinsam für eine demokratische Vertretung von studentischen Hilfskräften an unseren
89 Hochschulen, sowie für flächendeckende Tarifverträge für studentische Hilfskräfte.

90 **Verschulung des Studium sabotieren - wir studieren selbstbestimmt!**

91 Weiter sehen die Pläne zum neuen Hochschulgesetz auch die Einführung von verbindlichen
92 Studienverlaufsplänen und -vereinbarungen vor, welche „die Hochschulen mit den Studierenden
93 abschließen können“ und die „die einen verbindlicheren Charakter erhalten sollen“.

94 Dieser Vorstoß der Landesregierung ist ein weiterer Schritt in Richtung Verschulung des Studiums
95 und steht unserem Anspruch an ein selbstbestimmtes, emanzipatorisches und kritisches Studium
96 entgegen. Der Erfolgsdruck auf die Studierenden soll weiter erhöht werden und dass, obwohl in
97 vielen Studiengängen durch Studienverlaufspläne, Regelstudienzeiten aber auch finanzielle
98 Abhängigkeiten die freie Gestaltung des Studiums bereits jetzt massiv eingeschränkt wird.

99 Wir Juso-Hochschulgruppen haben den Anspruch, dass ein Studium mehr sein sollte, als die plumpe
100 und möglichst schnelle Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt. Wir wollen ein Studium, das wir selbst
101 gestalten können, in dem wir uns entfalten und anderweitig engagieren können und in dem wir zu
102 verantwortlichen Teilen der Gesellschaft heranwachsen können. So etwas lässt sich nicht nur in
103 Credit-Points oder der Einhaltung von Regelstudienzeiten messen. Wir werden weiter für ein
104 selbstbestimmtes Studium kämpfen, das nicht an Studienverläufe oder Regelstudienzeiten angepasst
105 ist!

106 **No Studyfee - Study FREE! Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen verhindern!**

107 Angelehnt an das Baden-Württembergische Modell ist geplant, nun auch in NRW Studiengebühren für
108 internationale Studierende aus dem Nicht-EU-Ausland einzuführen. Nachdem in den vergangenen
109 Jahren viele gehofft hatten, das Thema bereits auf den Müllberg der Hochschulpolitik befördert zu
110 haben, ist es nun wieder allgegenwärtig und zeigt sein hässlichstes Gesicht, denn mit den aktuellen
111 Plänen wird Finanzierungspolitik der Hochschulen auf dem Rücken derer gemacht, die auf ihrem
112 Weg an deutsche Hochschulen ohnehin schon mit einer Vielzahl von Zugangshürden konfrontiert
113 sind.

114 Was bereits kurzfristige Konsequenzen einer solchen Maßnahme bedeuten, ist in Baden-
115 Württemberg seit der Einführung im letzten Semester zu erkennen: die Zahlen der Studierenden aus
116 dem Nicht-EU-Ausland sind massiv zurückgegangen.

117 Mit einer Förderung der Internationalisierung unserer Hochschulen haben diese Pläne der
118 Landesregierungen nichts zu tun. Wir fordern weiterhin offene, gerechte und solidarische
119 Hochschulen! Die Diskussion über Hochschulfinanzierung und Verbesserung der Lehre muss endlich
120 wieder in einem Kontext von Investitionsforderungen geführt werden, statt symbolisch auf dem
121 Rücken finanzschwacher Studierender ausgetragen zu werden.

122 **Gemeinsam gegen den Rückschritt - Für ein selbstbestimmtes Studium!**

123 Diese Entwicklungen aus NRW führen uns alarmierend vor Augen, dass Errungenschaften von
124 Selbstbestimmung, demokratischen Mitspracherechten oder Gebührenfreiheit keine
125 Bestandsgarantie haben und gerade im Angesicht konservativer Kräfte schnell zur Disposition
126 gestellt werden können. Gerade in diesen Zeiten ist es wichtig, dass wir als Juso-Hochschulgruppen

127 zusammenstehen und unsere Ideale eines offenen, selbstbestimmten und emanzipatorischen
128 Studiums hochhalten. Dabei suchen wir immer auch den Schulterschluss zu unseren
129 Bündnispartner*innen wie Gewerkschaften oder anderen Studierendenverbänden. Wir kämpfen
130 gemeinsam für ein gutes Studium für alle!